

Was war und was wird

Im Januar 1965 planten die Gemeinden für das neue Jahr

Die ersten Berichte, die die örtlichen Zeitungen im Januar 1965 über das Amt Verl und seine Gemeinden veröffentlichten, beschrieben die traditionellen „Schnatgänge“, die die Räte der Gemeinden Verl und Bornholte Ende 1964 unternahmen. Das waren allerdings keine Grenzbegehungen im ursprünglichen Sinne des Wortes, sondern Rundgänge durch das jeweilige Gemeindegebiet. Sie boten den Ratsmitgliedern die Gelegenheit, sich zum Ende eines jeden Jahres „durch Augenschein zu überzeugen, was geleistet wurde und was im kommenden Jahr noch geleistet werden muß.“ Den Fortgang von Straßen-, Wege- und Kanalbau, den Fortschritt von Schulneubauten sowie die Entwicklung von Wohnsiedlungen und Gewerbegebieten nahmen sie auf ihren Wegen in Augenschein. In der Gemeinde Verl gehörten der Gruppe auch zwei Frauen an: Margarete Adamek und Hedwig Wester-Ebbinghaus waren nach den gerade drei Monate zurückliegenden Kommunalwahlen im September 1964 für die CDU in den Rat eingezogen. In den vier anderen Gemeinden des Amtes Verl gab es keine weiblichen Ratsmitglieder.



Eines von vielen Bauvorhaben der Gemeinden im Jahr 1965 war die Markthalle in Kaunitz, die heutige Ostwestfalenhalle, hier festgehalten in einer stimmungsvollen Aufnahme.

Die Eindrücke ihrer Rundgänge nahmen die Frauen und Männer in die ersten Sitzungen der Gemeinderäte Anfang Januar 1965 mit. Die anwesenden Zeitungsredakteure fassten für ihre Leserschaft zusammen, welche Vorhaben jeweils geplant waren: Die Gemeinde Verl würde sich weiter mit dem Bau der Realschule befassen, für den das im Dorf Verl erworbene Grundstück bereits erschlossen wurde. Die Gemeinde Bornholte sah der Fertigstellung des Neubaus der Schule Seppler (heute Droste-Haus) und des zugehörigen Lehrerwohnhauses entgegen. In der Gemeinde Sende sollte der Neubau der Schule Brisse und die Erweiterung der Schule Elbracht beginnen. Auch in der Gemeinde Schloß Holte stand mit dem Neubau der evangelischen Schule, des Feuerwehrgerätehauses und des geplanten Hallenbads das Thema Bauen im Mittelpunkt. Außerdem sollte erstmals ein Kindergarten in dieser größten Gemeinde des Amtes eingerichtet werden. Die Gemeinde Österwiehe schließlich war im Dorf Kaunitz mit dem Schulbau und dem Bau der Halle für den Eier- und Geflügelgroßmarkt befasst. Letztere befand sich Ende Januar bereits „im Schlupf“, wie ein Journalist liebevoll formulierte: Zu diesem Zeitpunkt hatte die beauftragte Hallenbauspezialfirma die ersten der markanten geflügelten Träger aufgerichtet.

Gemeinschaftsklärwerk in Sende beschlossen

Im Februar 1965 fiel die endgültige Entscheidung

Schon im Oktober 1963 hatte der Rat der Gemeinde Sende seine Bereitschaft erklärt, zusammen mit den benachbarten Gemeinden Senne II, Lipperreihe und Oerlinghausen ein sogenanntes Gemeinschaftsklärwerk zu bauen. Das war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer funktionierenden Abwasserbeseitigung, die in Sende bis zu diesem Zeitpunkt noch fehlte. Dieses Fehlen, so beschrieben es die örtlichen Zeitungen, hatte sich in der Vergangenheit zu einem „Hemmschuh jeglicher Bautätigkeit“ in der Gemeinde entwickelt: In mehreren Fällen hatte es deswegen eine Verweigerung der Baugenehmigung gegeben. Mit der Errichtung des Gemeinschaftsklärwerks und der Herstellung eines zu ihm hinführenden Kanalisationsnetzes würde der besagte „Hemmschuh“ beseitigt werden.

Doch die Zweifel, die die Entscheidungsfindung begleitet hatten, waren noch nicht ausgeräumt: Konnten nicht der Gemeinde Sende, auf deren Gebiet die Anlage errichtet werden sollte, dadurch Nachteile entstehen? Denn eingebunden in eine Gemeinschaft mit den drei anderen Gemeinden würde Sende, wenigstens in Hinblick auf das Klärwerk, nicht mehr alleine bestimmen können, was auf dem eigenen Gebiet geschah.

Um Vor- und Nachteile besser abwägen zu können, folgten die Ratsmitglieder im Dezember 1964 dem Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses, einen endgültigen Beschluss von dem Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen abhängig zu machen. Mit Baudirektor Triebel, Geschäftsführer des „Niers-Verbands“ (einem nach dem Fluss Niers benannten Wasserwirtschaftsverband am linken Niederrhein), gewann die Gemeinde „einen der führenden Abwasserfachleute“ in Deutschland. Er zeigte die Vorteile eines Gemeinschaftsklärwerks auf: Es sei, bezogen auf die entstehenden Kosten je Einwohnerin und Einwohner, finanziell günstiger, und außerdem klärtechnisch sicherer als eine kleine Anlage nur für eine Gemeinde. Eine Besichtigungsfahrt im Januar 1965, bei der die Ratsherren aus Sende zusammen mit Amts- und Gemeindedirektor Dr. Klose die verschiedenen Kläranlagen des Niers-Verbands in Augenschein nehmen konnten, überzeugte die Teilnehmer endgültig. Und so bekräftigte der Rat der Gemeinde Sende im Februar 1965 seine Entscheidung für das Gemeinschaftsklärwerk, das einige Jahre später an der Straße „Im Bruch“ nahe dem Landerbach und den Ebbinghaus-Höfen entstand.

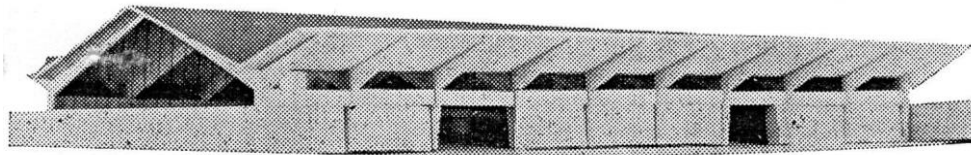


Die aus dem Buch von Friedrich Adämmer und Udo Graffunder „Verl ... eine Gemeinde mit Zukunft“ entnommene Abbildung zeigt das Gemeinschaftsklärwerk in Sende im Jahr 1978.

„Einen Präzedenzfall geschaffen“

Im März 1965 beschäftigte die Markthalle in Kaunitz den Kreistag

Im Juli 1964 hatte der Rat der Gemeinde Österwiehe den Bau einer Halle für Vieh-, Geflügel- und Eiergroßmärkte auf einer eigens dafür angekauften Fläche in Kaunitz beschlossen. Dabei war er von Gesamtkosten in einer Höhe von 500 000 DM ausgegangen. Im Frühjahr 1965 stand die Halle kurz vor ihrer Fertigstellung; die Kosten jedoch waren inzwischen auf 934 000 DM gestiegen. Zwar hatte das Land eine Beihilfe in Aussicht gestellt und die heimische Landwirtschaft bereits Anteile in Höhe von 150 000 DM gezeichnet, doch um die verbleibenden 484 000 DM aufbringen zu können, war die Gemeinde Österwiehe auf eine Beihilfe des Kreises angewiesen.



Thema im Kreistag im April 1965:

Die Markthalle in Kaunitz, hier abgebildet auf dem Katalog der Frühjahrsmesse 1969.

Bei der Sitzung des Kreistags im März 1965 waren sich alle Anwesenden darin einig, den wirtschaftlich weit über den Kreis Wiedenbrück ausstrahlenden Geflügel- und Eiermarkt in Kaunitz fördern zu wollen. Doch entspann sich eine Debatte darüber, ob die Gemeinde Österwiehe für die Halle vom Kreis ein zinsloses Darlehen oder einen Zuschuss erhalten sollte: Die SPD unterstützte den vom Finanzausschuss des Kreistags gemachten Vorschlag, der Gemeinde Österwiehe ein zinsloses Darlehen in Höhe von 150 000 DM bei einer nach drei Jahren einsetzenden Tilgung von 5 Prozent zu gewähren. Die CDU hingegen setzte sich für einen verlorenen Zuschuss von 100 000 DM ein, unterstützt von der FDP. Während die SPD betonte, „es sei nicht Aufgabe des Landkreises, rentierliche Anlagen zu bezuschussen“, schien für die CDU noch unsicher zu sein, ob der Markt überhaupt Gewinne erbringen werde. Und selbst, wenn er Überschüsse erwirtschaftete, argumentierten ihre Vertreter, sei es für eine finanzschwache Gemeinde wie Österwiehe doch förderlicher, diese Gelder dann für ihre Weiterentwicklung verwenden zu können, als mit ihnen ein Darlehen zu tilgen. Da die CDU im Kreistag die Mehrheit innehatte, setzte sie sich gemeinsam mit der FDP gegen die SPD durch. Die Gemeinde Österwiehe erhielt einen Zuschuss von 100 000 DM, den sie nicht zurückzahlen musste.

Durchaus kritisch kommentierte einer der anwesenden Journalisten den Beschluss: „Unseres Erachtens hat hier der Kreistag einen Präzedenzfall geschaffen. In späterer Zeit könnte es durchaus einmal der Fall sein, daß sich Gemeinden mit ähnlichen rentierlichen Projekten, und darum handelt es sich nun einmal bei der Markthalle in Kaunitz, ebenfalls den Kreis um die Gewährung eines Zuschusses bitten. Wer will dann noch ‚nein‘ sagen! Die vom Finanzausschuss ausgesprochene Empfehlung, ein zinsloses Darlehn zu gewähren, ließ alle Möglichkeiten offen, auch die, auf die Rückzahlung zu verzichten, wenn sich herausstellen sollte, daß die schon fast fertiggestellte Markthalle in Kaunitz unrentabel sein sollte.“

„Auf vielen Bauernhöfen bekannt und beliebt“

Aus dem Leben einer Hausschneiderin (April 1965)

Auch im April 1965 berichteten die Zeitungen wieder über die politischen Themen, die das Amt Verl und seine Gemeinden bereits seit längerer Zeit beschäftigten: In Verl diskutierten Verwaltung, Rat und Bürgerschaft weiter die Möglichkeiten, das „Altdorf“ und die Sürenheide räumlich miteinander zu verbinden. In Kaunitz hatte die Dorfschule „die Gemeinde gewechselt“, da sich der Neubau auf dem Gebiet der Gemeinde Österwiehe befand, und nicht mehr, wie der Altbau, auf dem Gebiet der Gemeinde Schloß Holte. Die Markthalle in Kaunitz näherte sich der Fertigstellung, und die erste Nummer des „Amtsblatt Verl“ mit Bekanntmachungen des Amtes und der Gemeinden Verl, Bornholte, Sende und Österwiehe – Schloß Holte hatte sich nicht anschließen wollen – war erschienen. Daneben schenken die Zeitungen jedoch auch einem anderen, weniger öffentlichen Ereignis Aufmerksamkeit: In Bornholte feierte die Witwe Maria Peitz, geborene Kordtokrax, ihren 90. Geburtstag und war damit damals die „zweitälteste Bewohnerin“ ihrer Gemeinde. Die Beschreibung ihres Lebenswegs gewährte den Leserinnen und Lesern einen Blick in eine verschwundene Arbeitswelt, denn die Jubilarin war bis zu ihrer Verheiratung „Hausschneiderin“ gewesen – ein im Jahr 1965 bereits „ausgestorbener Beruf“, wie ein Journalist schrieb.

1875 in Sende zur Welt gekommen, hatte Frau Peitz als Kind früh ihre Mutter verloren und war deshalb zu Verwandten gegeben worden, zunächst nach Varesell, anschließend nach Waltrop bei Recklinghausen. Sie erlernte dort den Beruf der Damenschneiderin, den sie dann als „Hausschneiderin“ auf den Bauernhöfen sowohl in den Gemeinden des Amtes Verl als auch in den benachbarten Gemeinwesen ausübte: Die junge Frau zog „mit ihrer eigenen Nähmaschine von Hof zu Hof, weil es in den meisten Haushalten noch keine Nähmaschine gab, wohnte dort für eine oder mehrere Wochen bei einem Lohn von einer Mark pro Tag, schneiderte für das jüngste Mädchen das lange, schwarze Kommunionkleid, für die Älteste die ganze Aussteuer und kleidete sie auch für den Hochzeitstag ein.“ Für die kleinen Jungen nähte sie aus der abgelegten Sonntagskleidung der „Großen“ neue Hosen: „Wat wäörn de Jungens dann stolt, wenn se out de Sundags-Namidags-Outganks-Büxen wat Nigges kriegen hadden“, erinnerte sich Frau Peitz. Mit ihrer Heirat wurde sie Bäuerin und gab ihren Beruf auf, den Haushaltsnähmaschinen und Fertigungkleider bis zum Jahr 1965 hatten verschwinden lassen.

Literaturhinweis:

Von ihrer Zeit als „Schneiderin auf dem Land“ rund um Verl berichtet auch Anna Schmitz in dem Buch „Es gab nicht nur die Droste. Sechzig Lebensbilder westfälischer Frauen“ von Gisbert Strottdrees, Münster 1992.

Richtkrone über der Schützenhalle

Im Mai 1965 war die Erweiterung nahezu fertiggestellt

Ende Mai 1965 fanden sich zahlreiche Gäste bei der Schützenhalle Verl ein, um mit der St.-Hubertus-Schützengilde das Richtfest des Erweiterungsbaus zu feiern. Auch die Vertreter der örtlichen Zeitungen waren anwesend; sie verbanden in ihren Berichten die Beschreibung der neuen Anlagen mit einem Rückblick auf die „wechselvolle Geschichte“ der Schützenhalle.



Die Schützenhalle nach ihrer umfassenden Erneuerung und Erweiterung 1964 und 1965. Die Abbildung stammt aus der Festschrift „150 Jahre St.-Hubertus-Schützengilde Verl 1833-1983“.

1833 hatte „ein gutes Dutzend angesehene Bürger“ aus den Kirchdörfern Verl und Kaunitz den „Schützenverein der Kirchspiele Verl und Kaunitz“ gegründet, aus dem später die St.-Hubertus-Schützengilde Verl hervorgehen sollte. Lange Jahre feierte der Verein seine Schützenfeste in Zelten auf wechselnden Plätzen, bis er 1895 dem Colon Schlangenotto gen. Schmelter ein „in der einzigen Kurve der Chaussee zwischen Verl und Kaunitz“ (der heutigen Paderborner Straße) gelegenes Grundstück abkaufte. Planiert und mit Bäumen bepflanzt diente der Platz als „Schützenhof“. 1898 schließlich – der Verein zählte inzwischen mehr als 400 Mitglieder – fiel die Entscheidung, dort ein festes Haus, eine Schützenhalle, zu erbauen.

Nach einem Plan der Zimmermeister Heinrich und Joseph Schröder aus Verl bauten heimische Handwerker binnen kürzester Frist die Halle, und als im Sommer 1898 „die letzten Handwerker auszogen, marschierten die Schützen ein“. Im Wechsel mit dem Kriegerverein begingen sie viele Feste darin, bis die Halle im Ersten Weltkrieg beschlagnahmt wurde, um Kriegsgefangene unterzubringen, die auf den Bauernhöfen arbeiten mussten. Auch während des Zweiten Weltkriegs war die Halle Lager für Kriegsgefangene, und zusätzlich noch Getreidespeicher und Fahrzeugwerkstatt der Wehrmacht. Nach jeder dieser Umnutzungen war sie „so ramponiert, daß der Schützenverein unschlüssig war, ob eine Renovierung noch möglich und sinnvoll war“. Doch entschloss er sich immer wieder, die Halle instand zu setzen.

1964 schließlich begann eine umfassende Erneuerung und Erweiterung. Der Verein gestaltete die Halle im Innern völlig um: Er zog eine Zwischendecke ein und baute für Veranstaltungen eine Bühne und Nebenräume ein. 1965 folgte der neue Anbau nach Süden, für die Heizungsanlage, die Küche, einen großen Speisesaal und einen Lagerraum. Zur Straßenseite erhielt die Halle ein modernes Fensterband. Für den Hallenwart hatte der Verein das Lagerhaus der Landesstraßenverwaltung auf dem Hallengelände zu einem Wohnhaus umgebaut. Alle Maßnahmen finanzierte er aus eigenen Mitteln; die Bauarbeiten führten Unternehmen und Handwerker aus, die dem Verein angehörten. Die „Anerkennung der Gäste“ für ihren Einsatz war ihnen am Tag des Richtfestes im Mai 1965 gewiss.

„Mit umfangreicher Tagesordnung zügig fertig geworden“

Der Rat der Gemeinde Sende bei der Arbeit im Juni 1965

Im Juni des Jahres 1965 trat der Rat der Gemeinde Sende in der Gastwirtschaft Dreisewerd (heute St.-Heinrich-Straße 179 in Schloß Holte-Stukenbrock) zusammen, um eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten: Die Ratsmitglieder vergaben unter anderem Aufträge für den Ausbau der Schule Elbracht, bewilligten einen Zuschuss für die Gemeindejugend Eckardtsheim, beschlossen den Ausbau des Hellwegs und die Befestigung kleinerer Straßen wie des Östervenns.

Wer diese Aufzählung heute aufmerksam liest, bemerkt sofort eine Reihe von Veränderungen, die sich in der Zwischenzeit ereignet haben: Die Schule Elbracht, der Hellweg und das Östervenn sind heute der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock zugeordnet, während die Ortschaft Eckardtsheim der Sennestadt angeschlossen ist. Und Sende selbst ist heute zweigeteilt: Es gehört jeweils zur Hälfte zu Verl und zu Schloß Holte-Stukenbrock. Eine politisch selbständige Gemeinde Sende mit einem eigenen Rat, der ihre Entwicklung lenkt, besteht nicht mehr.

1965 war das noch anders: Gemeinsam mit den Gemeinden Verl, Bornholte, Österwiehe und Schloß Holte bildete Sende das Amt Verl. Das Amt Verl trug die Verwaltung, die die gesetzlichen Aufgaben der Gemeinden erfüllte. Dieses Verwaltungsgebiet bestand 1965 bereits weit über ein Jahrhundert, doch seit den 1950er Jahren schienen die politischen Gemeindegrenzen in seinem Inneren zunehmend einer Veränderung zu bedürfen: Die Gemeinde Schloß Holte wollte aus dem Amt ausscheiden und den unmittelbar angrenzenden Ostteil der Gemeinde Sende in die Selbständigkeit mitnehmen. Die Gemeinde Österwiehe hatte vor, sich in „Kaunitz“ umzubenennen und gleichzeitig ihre Grenze mit der Gemeinde Schloß Holte so zu begradigen, dass das namensgebende Dorf Kaunitz nur noch auf ihrem Gemeindegebiet läge. Und die Ortschaft Eckardtsheim, Teilanstalt der von Bodelschwingh'schen Anstalten Bethel, die auf der Grenze zwischen der Sennestadt und der Gemeinde Sende lag, war traditionell stärker nach Bielefeld als nach Sende und Verl orientiert. Alle Verantwortlichen erhofften sich durch die angestrebten Neuordnungen günstigere Planungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für ihre Gemeinwesen. Eine Sachverständigenkommission des Landes Nordrhein-Westfalen, die ab dem Oktober 1965 die kommunale Gliederung der Gemeinden und Landkreise untersuchte, sollte diese Wünsche in ihr Gutachten aufnehmen. Am Ende der kommunalen Neugliederung stand die Auflösung des Amtes Verl am 31. Dezember 1969 und die Einrichtung der neuen Gemeinde Verl zum 1. Januar 1970. Ihr gehörte nur noch der Westteil der alten Gemeinde Sende an; der Ostteil ging, entgegen der Empfehlung des Rates, an die neue Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock.

Doch diese zukünftige Teilung lag im Juni 1965, als die Ratsmitglieder der Gemeinde Sende in der Gastwirtschaft Dreisewerd zusammentraten, noch in weiter Ferne.

„Amtsvertretung beschloß Wichtiges“

Im Juli 1965 stellte das Amt einen Baurat ein

Vergleichsweise knapp berichteten die örtlichen Zeitungen im Juli 1965 über die Einstellung eines Baurats für das Amt Verl. Dabei war mit der Entscheidung der Amtsvertretung, den in Druffel (heute ein Stadtteil Rietbergs) geborenen, 39 Jahre alten Diplom-Ingenieur Hermann Cilker auf diese Stelle zu berufen, der Endpunkt eines langen Weges erreicht, den die Redakteure bereits über geraume Zeit begleiteten: Das Bestreben des Amtes Verl, untere Bauaufsichts- und damit Baugenehmigungsbehörde zu werden.

Bereits im September 1961 hatte die Amtsvertretung beschlossen, die Übertragung der Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde von der Kreisverwaltung in Wiedenbrück auf die Amtsverwaltung in Verl zu beantragen. Das war gesetzlich möglich, wenn ein Amt, das über 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner hatte (im Amt Verl waren es zu diesem Zeitpunkt über 23.000), es wünschte und entsprechendes Personal einstellte. Die Amtsvertretung begründete ihren Antrag mit den „weiten Wegen und den schlechten Verbindungen nach Wiedenbrück“, die die Baugenehmigungsverfahren zeitaufwendig und eine gute Baubetreuung schwierig machten. Die Kosten, die die Einrichtung der unteren Bauaufsichtsbehörde in Verl verursachen würde, sollten die Gebühreneinnahmen ausgleichen.

Über eineinhalb Jahre hatte es gedauert, bis der Antrag das zuständige Ministerium für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten erreichte; es lehnte ihn ab. In Verl argwöhnten Politik und Verwaltung, dass man „bei der Entscheidung zu sehr das Wohl der des Kreisbauamts im Auge gehabt“ habe, „das eine Schrumpfung seiner Aufgaben nicht wünsche“. Im Juni 1963 hatte das Amt Verl „Gegenvorstellungen“ erhoben. Sie blieben unbeantwortet, bis eine im Januar 1964 gleichzeitig an den Kreis, die Bezirksregierung und das Ministerium gerichtete Eingabe doch noch zu Gesprächen führte. Sie scheinen ermutigend verlaufen zu sein. Denn die Amtsvertretung hielt an dem eingeschlagenen Kurs fest: Im Dezember 1964 beschloss sie einstimmig die Ausschreibung der Stelle eines Baurats, der die neue Behörde leiten sollte.

Die Besetzung durfte erst erfolgen, wenn die Entscheidung für die Einrichtung einer unteren Bauaufsichtsbehörde in Verl endgültig gefallen war. Die Berufung des Ingenieurs Cilker auf die Stelle eines Baurats im Juli 1965 war das Zeichen dafür. (Zum 1. April 1966 erfolgte dann die Übertragung aller Aufgaben einer unteren Bauaufsichtsbehörde auf das Amt. Die Gemeinde Verl als Rechtsnachfolgerin übernahm diese Funktion, bis sie sie zum 1. Januar 1981 aufgrund der sogenannten Funktionalreform der Verwaltung wieder an den Kreis abgeben musste. Mit der Stadtwerdung am 1. Januar 2010 ließ sich Verl die Bauaufsicht erneut übertragen.)

Die Völkerverständigung fördern

Im August 1965 besuchten junge Niederländerinnen das Amt Verl

„Reizenden Besuch“ vermeldeten die örtlichen Zeitungen im August 1965: 28 junge Frauen aus den Niederlanden im Alter von 16 bis 17 Jahren erwiderten den Besuch einer Mädchengruppe aus dem Amt Verl, die Vikar Bouwman von St. Anna in Verl begleitet hatte. Als gebürtiger Niederländer übernahm er bei dem offiziellen Empfang seiner Landsmänninnen im Amtshaus die Rolle des Übersetzers. Denn Amtsdirektor Dr. Hans-Georg Klose hielt einen kleinen Vortrag, und die Berichterstattung der örtlichen Zeitungen vermittelt den Eindruck, dass er die Gelegenheit für eine politische Erklärung nutzte. Zunächst beglückwünschte er die Gäste zu der in den Niederlanden bereits durchgeführten gemeindlichen Neuordnung: Dort gebe es nun leistungsfähige größere Gemeinwesen, während hier noch immer die Ämter bestünden, Gemeindeverbände, „in denen jede kleine Gemeinde ihre volle Selbständigkeit behalte“, was die Planungs- und Entwicklungsmöglichkeiten hemme. Ebenso kritisch wie die vorhandenen politischen Strukturen sah der Amtsdirektor die ländliche Prägung des Amtsgebiets: Die vorherrschende Streusiedlung, die den Mädchen landschaftlich reizvoll erscheinen mochte, verursache große Kosten bei der Ausstattung der Gemeinden mit Schulen, Straßen- und Kanalbauten.



Im Amtshaus in Verl (heute Rathaus)
– hier eine Aufnahme vom Ende der 1950er Jahre –
empfang der Amtsdirektor Dr. Hans-Georg Klose
die Gruppe aus den Niederlanden.

Sehr lobend hingegen äußerte sich Dr. Klose über die Begegnung über die Ländergrenzen hinweg, wie sie die Mädchen im Rahmen ihres Austausches verwirklichten: Dies sei ein wirkungsvoller Beitrag zur Völkerverständigung. Denn das Hinarbeiten auf eine „Verbrüderung der Völker“ schien unverzichtbar für die dauerhafte Erhaltung eines Friedens, der 1965 erst 20 Jahre währte. Auch in den Niederlanden war die Erinnerung an die Besetzung durch die Deutschen während des Zweiten Weltkriegs noch wach. Doch Vikar Bouwman erzählte, wie bei dem Aufenthalt eines Verler Mädchens in einer niederländischen Familie diese „durch die direkte Begegnung mit der jungen Generation viele Vorurteile habe abbauen können“.

Dieses Ziel verfolgte auch das von Hugo Wöstemeyer in Verl begründete Jugendaustauschwerk (JAW/Droste-Haus), dessen erste Gäste im August 1955 auch aus den Niederlanden gekommen waren. Bei der Feier anlässlich des 10jährigen Bestehens des Jugendaustauschwerks, die ebenfalls im August 1965 in Verl stattfand, hieß es deshalb aus den Reihen der niederländischen Gäste an diesem Abend: „Zehn Jahre Jugendaustausch sind zehn Jahre erfolgreiche Verständigungsarbeit unter unseren Völkern!“

„Häuser weichen dem Straßenverkehr“

Im September 1965 fiel „ein Stück von Alt-Verl“

Seit langem wartete das Dorf Verl auf die Herstellung der Verbindung der neuen Trasse der Gütersloher Straße mit der Paderborner Straße. Buchstäblich im Wege standen dem „Durchbruch“ zwei Gebäude: die Auto-Reparaturwerkstatt Eikermann (Hauptstr. 1) und das Wohn- und Geschäftshaus Pollmeier (Hauptstr. 3). Die Verhandlungen über den Grunderwerb und den Abbruch hatten gedauert. Doch nun war die Werkstatt geräumt und das neue Wohn- und Geschäftsgebäude des Friseurs Pollmeier am Ende der Wilhelmstraße, der alten Gütersloher Straße, stand. Lediglich sein Salon musste noch verlegt werden.

Das Landstraßenbauamt schickte ein Arbeitskommando, das zunächst einen Bauzaun errichtete, um dahinter die Schornsteine und das Dach der Werkstatt abzutragen. Anschließend, so beobachteten die Berichtersteller der örtlichen Zeitungen, „wurde dann rohe Gewalt in Form von Greifern, Hämmern, Zugmaschinen und Ketten angewendet.“

Sowohl die Werkstatt als auch das Wohn- und Geschäftshaus waren früher, ebenso wie das sich anschließende Hotel Clasbrummel-Hunke (Hauptstr. 5), Besitz der Firma Johann Blankemeyer gewesen. Sie hatte in den kleineren Gebäuden die von ihr hergestellten Fleischwaren gesalzen und geräuchert. Nachdem der Betrieb während des Ersten Weltkriegs ruhen musste, eröffneten Blankemeyers mit der „Genossenschaftlichen Einkaufs- und Produktions-Aktiengesellschaft“ (Gepag) 1925 an anderer Stelle, nämlich an der Gütersloher Straße, eine moderne Fleischwarenfabrik. (Heute ist das Gebäude Sitz von Arvato Financial Solutions, einer Tochter der Bertelsmann AG.) „Beim Verschwinden dieses Stückes von Alt-Verl auf dem ehemals ‚Klingelbrink‘ geheißenen Platz erinnert man sich gern nicht nur der alten Zeiten, sondern auch der Menschen, die hier früher mit am Wohlstand der Gemeinde gearbeitet hatten“, würdigten die Zeitungen rückblickend die Familie Blankemeyer.



Die 1969 entstandene Luftaufnahme zeigt im Vordergrund die neue Gütersloher Straße mit dem Gebäudekomplex Hauptstr. 5; im Hintergrund links verläuft die Wilhelmstraße – die alte Gütersloher Straße.

Von der Zukunft, in der die Gütersloher und Paderborner Straße unmittelbar aneinander anschließen würden, erhofften sich die Menschen eine „bedeutende Verkehrsentslastung“ für den Ortskern. Dies traf sicherlich insofern zu, als sich der Durchgangsverkehr nicht mehr unter mehrfachem Abbiegen durch das Dorf schlängeln musste, sondern einfach geradeaus gehen konnte. Niemand ahnte im September 1965, dass diese Durchgangsstraße später selbst einmal zu einer Belastung werden würde, so stark befahren, dass sie den Ort in zwei Hälften teilt und durch den Verkehrslärm die Aufenthaltsqualität mindert. Die im vergangenen Jahr begonnene Umgestaltung des Ortskerns soll hier lindernd wirken.

„Ein Meilenstein für die Bildung“

Im Oktober 1965 fand die Grundsteinlegung der Realschule statt

Ganz genau beobachteten die Redakteure der örtlichen Zeitungen den Fortgang der Bauarbeiten an der neuen Realschule. Nachdem binnen weniger Wochen das Kellergeschoss entstanden war, beschrieben sie Anfang Oktober 1965 das stetige Wachstum der darauf gesetzten Umfassungsmauern. Gut vierzehn Tage später, am 16. Oktober, waren die Journalisten bereits zu Gast bei der Grundsteinlegung des Neubaus.

Die Realschule im Dorf Verl war die erste weiterführende Schule in dem gleichnamigen Amtsgebiet mit seinen fünf politischen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Schloß Holte und Österwiehe. Der Bedeutung des Anlasses entsprechend, gab es eine lange Reihe von Rednern: Prof. Dr. Stier als stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses des Landes, Dr. Herschel als Vertreter des Regierungspräsidenten, Landrat Lakämper, Amtsdirektor Dr. Klose und schließlich der Leiter der neuen Schule, Realschullehrer Meyer. Gemeindebürgermeister Dreismann verlas den Inhalt der Urkunde, die in den Grundstein eingeschlossen wurde. Die Zeitungen fassten zusammen: Die Urkunde „erwähnt neben Bundespräsident und -kanzler die Erfolge der Raumfahrt, den Krieg in Vietnam, die Konflikte in Indien, das Vatikanische Konzil in Rom und wünscht, daß die Schüler der Realschule erzogen werden sollen: zu guten Christen, friedliebenden und verantwortungsbewußten Deutschen.“



Eine Luftaufnahme des Schulzentrums aus dem Jahr 1981 über die Gütersloher Straße hinweg: links die Hauptschule, in der Mitte das Gymnasium und rechts dahinter die Realschule. Am linken Bildrand ist das St.-Anna-Krankenhaus zu sehen, am rechten die Marienschule. Das Haus Borgmann und der Hof Heitmeyer im Bildvordergrund stehen heute nicht mehr.

Unter den Gästen war neben Vertretern der Gemeinden und der Politik sowie der Geistlichkeit auch die Leiterin der Marienschule, Fräulein Rodemeier. Ihr galt ein besonderer Dank, denn die Dorfschule beherbergte die ersten zwei Jahrgänge der bereits Ostern 1964 eingerichteten Realschule und würde auch noch einen dritten aufnehmen, bis der Schulneubau fertiggestellt war. Dann, so sahen es die Anwesenden, besäße Verl mit diesen beiden Gebäuden ein Schulzentrum, das die Lücke zwischen dem Krankenhaus (dem heutigen St.-Anna-Haus) und der St.-Anna-Kirche schlosse.

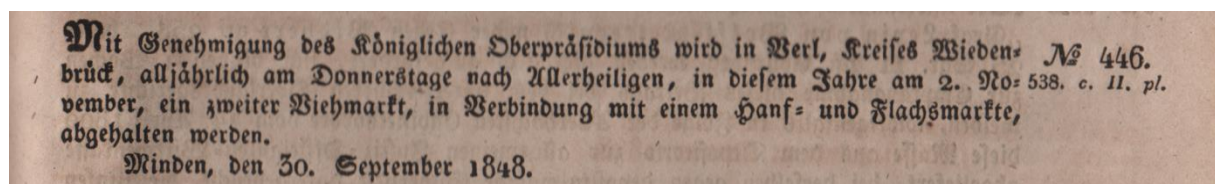
Auch an der Kirche fanden im Oktober 1965 Bauarbeiten statt: St. Anna „bekommt ein neues Kleid“, titelten die Zeitungen. Mit dem Sandstrahlgebläse reinigten die Bauarbeiter den Putz der Fassade und besserten ihn, wo notwendig, aus. Ein frischer Anstrich sollte anschließend das „Verler Gotteshaus im neuen Gewand“ erstrahlen lassen.

**„Großer Herbstmarkt mit Kirmes, Kram und Vieh“
„Verler Tod“ im November 1965**

„Verler Tod“ ist heute ein Einkaufssonntag, den die Werbegemeinschaft im Ort jeweils am letzten Oktoberwochenende veranstaltet. Noch vor 50 Jahren hingegen kündigten die örtlichen Zeitungen „Verler Tod“ als einen „großen Herbstmarkt mit Kirmes, Kram und Vieh“ an, der wie in jedem Jahr an dem Donnerstag nach Allerheiligen stattfinden sollte. Im November 1965 konnte dieser Markt auf eine weit über 100 Jahre zurückreichende Geschichte zurückblicken: 1848 als „Vieh-, Hanf- und Flachsmarkt“ mit Genehmigung des Oberpräsidiums in Münster gegründet, sollte er nach der Absicht des damaligen Amtmanns Duve Wirtschaft und Handel in Verl beleben. Nach der seit 1651 bezeugten Sommerkirmes, die im Laufe der Zeit den Namen „Verler Leben“ erhielt, hieß der Herbstmarkt, seiner Jahreszeit entsprechend, „Verler Tod“.

Im November 1965 bestand der traditionelle Viehmarkt auf „Verler Tod“ hauptsächlich noch aus einem Ferkelmarkt, während Großvieh inzwischen – abgesehen von zwei Pferden – fehlte. Doch gab es auf dem Marktplatz am Bahnhof weiterhin Kirmeswagen, Vergnügungsstände, Trink- und Essbuden. Auch die Tanzveranstaltung „nach alter Väter Sitte“ fand statt, im Saal Clasbrummel (Hauptstr. 5). Und der Krammarkt bot „vom Hosenknope bis zum Pelzmantel und vom Fingerhut bis zur modernsten Haushaltsmaschine“ wieder „Alles“.

Der Zeitungsberichterstatte, der den Markt besuchte, beobachtete, wie ein „Markt-Meisterkoch“ unter freiem Himmel Ölgebackenes in verschiedenen Formen und erstaunlicher Geschwindigkeit zubereitete. Dies, so vermutete er, interessierte vor allem die älteren Damen im Publikum. Dann erlebte er belustigt das Gebaren „eines volltrunkenen Apfelsinen- und Bananenverkäufers, der die Südfrüchte anfangs kistenweise in die Menge schüttete, dann aber mit den leeren Holzkisten auf die Schaulustigen einschlug, während sie sich nach den rollenden Apfelsinen bückten.“ Sprachlich gewitzt leitete der Journalist zur nächsten Station über: „Manchen Zuschlag gab es auch auf dem Ferkelmarkt.“ Ja, der „Verler Tod“ sei „lebendig“, formulierte er humorvoll.

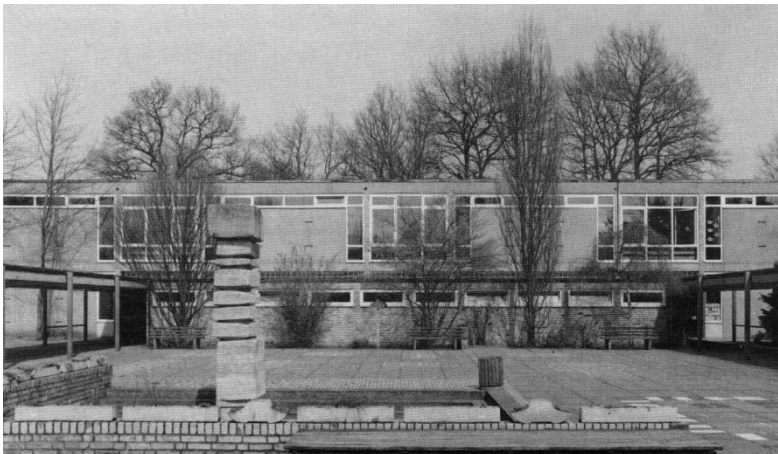


1848 veröffentlichte die Königliche Regierung zu Minden in ihrem Amts-Blatt die Genehmigung eines zweiten Viehmarkts in Verl, später „Verler Tod“ genannt.

„Künstlerische Arbeiten bei der Schule“

Einweihung der St.-Michael-Schule in Liemke im Dezember 1965

In den 1960er Jahren erneuerten und erweiterten die Gemeinden des Amtes Verl viele ihrer Volksschulen, um den Kindern und den Lehrkräften ein angemessenes Lernumfeld zu bieten. Die Gemeinde Schloß Holte feierte im Dezember 1965 die Einweihung der St.-Michael-Schule im Ortsteil Liemke. An ihrem Standort nahe der St.-Josef-Kirche ganz neu erbaut, war sie ursprünglich als Mittelpunktschule geplant, die die alten Schulen Obermeier, Bredengerd und Münsterteicher ersetzen sollte. Doch nicht alle Eltern hatten diese kleinen Schulen aufgeben wollen, und so diente die St.-Michael-Schule zunächst vor allem den Kindern der wachsenden Siedlung um die St.-Josef-Kirche. Die anwesenden Zeitungsjournalisten hoben in ihren Berichten besonders die musikalische Umrahmung der Feierstunde hervor: Sie gestaltete, neben dem Schulchor und dem Schulorchester, der bekannte Instrumentenbauer und Musiker Peter Harlan von der Burg Sternberg mit seiner Frau, eingeladen und begleitet von – dem heimischen Bildhauer Hagen Lükewille. Er hatte eine moderne Betonplastik für den Brunnen auf dem Schulhof gestaltet: Den „Michaelstein“ oder die „Michaelsäule“, ein Turm, der aus kunstvoll aneinander gelehnten und aufeinander geschichteten Platten zu bestehen schien.



Die Fotografie aus dem Heimatbuch „Mitte der Senne. Schloß Holte-Stukenbrock“ (Gütersloh 1985) von Rudolf Gürtler zeigt die neue St.-Michael-Schule in Liemke; im Vordergrund: die Betonplastik von Hagen Lükewille.

Kunst am Bau fand sich an und in allen der in den 1960er Jahren erneuerten und erweiterten Schulbauten der Gemeinden des Amtes Verl. Sie bereicherte das Umfeld der Kinder und der Lehrkräfte und förderte gleichzeitig die bildenden Künstler vor Ort. Immer wieder traten auf diesem Gebiet zwei junge Bildhauer aus dem Amt Verl in Erscheinung: Der 1934 geborene Hagen Lükewille aus Sende schuf neben der Michaelsäule beispielsweise das Relief „Der gute Hirte“ in der St.-Antonius-Schule Widei und das Wandrelief „König Heinrich und Kunigunde“ in der Schule Sende-Elbracht. Von Heinz Hollenhorst aus Verl (1933-2010) stammten unter anderem das Bronzerelief „Die Schöpfung“ in der Dietrich-Bonhoeffer-Schule, der Brunnen „Der Lebenslauf“ an der Schule Kaunitz, die Brunnensäule „Lebensbaum“ an der Schule Sende-Brisse sowie das Relief „St. Georg“ in der St.-Georg-Schule Sürenheide.